

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 76. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 8. Oktober 2009

1. Abgeordnete
Margit Mohr,
Jens Guth und
Heiko Sippel (SPD)

Neugründungen und aktuelle wirtschaftliche Entwicklung

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes gab es in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich mehr Betriebsgründungen, bei denen aufgrund ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden kann. Danach stieg die Zahl der Betriebsgründungen gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 um 6,1 Prozent auf 3 162.

Die Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz haben zudem ihre Herbstumfrage zur aktuellen Geschäftslage der Unternehmen im Land durchgeführt. Danach rechnen die Unternehmen für die kommenden zwölf Monate mit einer spürbaren Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die wirtschaftliche Entwicklung im Land ein?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Herbstumfrage der Industrie- und Handelskammern zur Geschäftslage der Unternehmen im Land?
3. Wie bewertet die Landesregierung den deutlichen Anstieg der Betriebsgründungen im ersten Halbjahr 2009?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung bei den Betriebsaufgaben?

2. Abgeordnete
Christine Schneider
(CDU)

Schlosshotel Bad Bergzabern

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie erfolgte die Auswahl des privaten Investors für das Schlosshotel Bad Bergzabern und auf welche Weise war die Landesregierung daran beteiligt?
2. In welcher Höhe wird die Restaurierung des Schlosshotels Bad Bergzabern aus dem Landeshaushalt bezuschusst und wird in vergleichbaren Fällen in vergleichbarer Weise verfahren?
3. In welcher Form hat die Landesregierung auf die Entscheidung der Stadt zum Kauf des Schlosshotels Bad Bergzabern vom privaten Investor Einfluss genommen?

3. Abgeordnete**Dr. Peter Schmitz und
Günter Eymael (FDP)****Zukunft des LBBW-Standortes Mainz**

Berichten in der Presse zufolge wird bei der LBBW mit einem Abbau etwa jedes vierten Arbeitsplatzes zu rechnen sein.

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage 2306 vom 16. Juli 2009 hat die Landesregierung am 10. August 2009 Aussagen getroffen, die eine vertraglich garantierte Mindestanzahl von 855 (rechnerischen) Vollzeitbeschäftigten am Standort Mainz bis 2011 zum Inhalt hatten (Drucksache 15/3654).

Weiterhin lagen nach geäußelter Auffassung der Landesregierung die Voraussetzungen für eine Anwendung einer Vertragsanpassungsklausel nicht vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Kenntnis von Plänen, am LBBW-Standort Mainz Arbeitsplätze abzubauen?
2. Geht die Landesregierung im Hinblick auf die neuesten Verlautbarungen in der Presse weiterhin davon aus, dass die genannten Vollzeitstellen im Rahmen der vertraglichen Garantie bis 2011 vollumfänglich erhalten bleiben, oder haben sich gegenüber der Einschätzung vom 10. August 2009 die maßgeblichen Verhältnisse so wesentlich geändert, dass nunmehr eine Vertragsanpassung zu befürchten ist?
3. Ist die Zukunft des LBBW-Standortes Mainz nach Auffassung der Landesregierung vor diesem Hintergrund auch über das Jahr 2011 hinaus dauerhaft gesichert?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um auf den Erhalt der Arbeitsplätze sowie des Standortes Mainz hinzuwirken?

4. Abgeordnete**Christian Baldauf,
Michael Billen und
Alexander Licht (CDU)****Mangelnde Sicherheiten der 85,5-Mio.-Euro-Einlage der Landestochter RIM GmbH in der privaten Firma Mediinvest GmbH**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche erforderlichen Bedingungen, Sicherheiten etc. wurden der Mediinvest GmbH oder ihren Teilhabern im Zusammenhang mit dem Projekt „Nürburgring 2009“ für die erste stille Einlage in Höhe von 3,4 Mio. Euro im Mai 2009 sowie für die zehn weiteren stillen Einlagen zu den jeweiligen Stichtagen abverlangt?
2. Welche Risiken können aus den jeweils gewählten elf Beteiligungen im Einzelnen für die RIM erwachsen?
3. In welcher Weise unterscheiden sich die elf Beteiligungen der RIM zu den sonstigen Engagements der Landestochter?
4. In welcher Form wurden bei den jeweiligen stillen Einlagen die notwendigen Genehmigungen und Beteiligungen durch die Gremien sichergestellt?

5. Abgeordnete**Marianne Grosse und
Peter Wilhelm Dröscher
(SPD)****Missbrauchsfälle beim Bezug von konjunkturellem Kurzarbeitergeld (Kug)**

Vor dem Hintergrund des Bekanntwerdens von Verdachtsfällen auf Betrug beim Bezug von Kurzarbeitergeld in den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Unternehmen bzw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz sind vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise von der Kurzarbeiterregelung betroffen?
2. Welche Erkenntnisse über etwaige Verdachtsfälle auf Betrug beim Bezug von Kurzarbeitergeld auch in Rheinland-Pfalz liegen der Landesregierung vor?
3. Gibt es ein Kontroll- und Prüfsystem, mit dem etwaige Betrugsfälle entdeckt werden können?
4. Sieht die Landesregierung geeignete Möglichkeiten, wie Betrugsfälle bei der Kurzarbeit vermieden werden können?

**6. Abgeordneter
Dr. Peter Enders (CDU)**

Honorarverteilung bei der KV Rheinland-Pfalz – Kürzung fachärztlicher Honorare

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird die Landesregierung der Forderung der AOK Rheinland-Pfalz nach aufsichtsrechtlicher Aufklärung über die Honorarverteilung bei der KV Rheinland-Pfalz nachkommen, nachdem ab 1. Oktober 2009 zahlreiche fachärztliche Praxen in Rheinland-Pfalz damit rechnen müssen, dass deren Honorar im Vergleich zum ersten Quartal 2009 um 30 Prozent und teilweise deutlich darüber gekürzt wird?
2. Worin sieht die Landesregierung die Ursachen für die befürchtete Honorarkürzung?
3. Worin sieht die Landesregierung die Folgen für die ärztliche und insbesondere fachärztliche Versorgung der Patientinnen und Patienten in Rheinland-Pfalz?
4. Unterstützt die Landesregierung die Forderung nach einer neuen, transparenten und leistungsgerechten Honorarordnung für die Ärztinnen und Ärzte in Rheinland-Pfalz und im Sinne ihrer Patientinnen und Patienten?

**7. Abgeordneter
Dr. Peter Schmitz (FDP)**

Pflege-TÜV in der Kritik

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Geschäftsführers des MDK Rheinland-Pfalz, nach der der sog. „Pflege-TÜV“ für den Verbraucher die wahre Qualität von Heimen nicht erkennbar mache, „weil gravierende Versorgungsmängel in einzelnen Bereichen durch Mittelwertbildungen und fachfremde Leistungen ausgeglichen werden könnten“?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Konzeption und Aussagekraft des sog. „Pflege-TÜV“ für an Pflege interessierte Verbraucher?
3. Hält die Landesregierung vor dem Hintergrund der zunehmenden fachübergreifenden Kritik an ihrer positiven Bewertung des sog. „Pflege-TÜV“ fest?
4. Über welche unterschiedlichen Einrichtungen, Behörden, Servicestellen, Krankenkassen, Internetportale, Trägerinformationen, Verbraucherschutzinstitutionen, Verbände und Vereine sowie Selbsthilfegruppen etc. können sich Pflegebedürftige und deren Angehörige in Rheinland-Pfalz einfach, objektiv und transparent ein abschließendes Bild über die Qualität und das Angebot einer Pflegeeinrichtung bzw. einer Pflegedienstleistung machen?

**8. Abgeordnete
Marianne Grosse und
Friederike Ebli (SPD)**

Aktuelle Diskussion um sogenannte „Fangprämien“ im Gesundheitswesen

Laut Medienberichten erhalten immer mehr Ärzte von Krankenhäusern Prämien für die Einweisung von Patienten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung aktuell Fälle unlauterer Praktiken bei der Vermittlung von Patienten an Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz bekannt?
2. Hat die Landesregierung aktuell Kenntnisse über die Höhe sogenannter „Fangprämien“?
3. Gibt es in Rheinland-Pfalz Kontroll- und Prüfstellen, die mögliche illegale Praktiken im Verhältnis von ambulanter und stationärer Versorgung aufdecken bzw. ihnen entgegenwirken sollen?
4. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag, in den Ländern sogenannte Clearingstellen einzurichten, die als Anlaufstelle für Verdachtsfälle dienen und eine effektive Kontrolle der Beziehungen zwischen Leistungnehmern und -gebern im Gesundheitswesen ermöglichen sollen?

9. Abgeordneter**Hans-Josef Bracht (CDU)****Beamtenrechtliche Neutralitätspflicht**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie legt die Landesregierung den Inhalt der beamtenrechtlichen Neutralitätspflicht aus und wo liegen die Grenzen des danach Zulässigen, insbesondere mit Blick auf die Beteiligung an Wahlaufrufen und das Schalten von Unterstützungsanzeigen?
2. Sind im Zusammenhang mit den Wahlen am 27. September 2009 an die Landesregierung diesbezügliche Beanstandungen herangetragen worden und wenn ja, welche?
3. Welche Maßnahmen trifft die Landesregierung, um der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Rechnung zu tragen und den Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit einzuhalten, nach dem hohe Beamte in Bundes- und Landesbehörden in den letzten sechs Wochen vor der Wahl nicht an Partei- und Wahlkampfveranstaltungen teilnehmen dürfen, insbesondere die Teilnahme von Staatssekretären an Wahlkampfterminen unter Verwendung ihres Titels?

10. Abgeordnete**Marlies Kohnle-Gros
(CDU)****Vorbehalte der EU-Kommission gegen die vereinbarte Sanierung der Adam Opel AG**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die schwerwiegenden Vorbehalte der EU-Kommission gegen die vereinbarte Sanierung der Adam Opel AG, die auch EU-Kommissar Verheugen ausdrücklich bekräftigt hat?
2. Haben der Bund und die beteiligten Länder die Leistungen des Staates für die Sanierung der Adam Opel AG auf ihre Vereinbarkeit mit dem EU-Recht sorgfältig geprüft, bevor die entsprechenden Vereinbarungen getroffen wurden?
3. Welche Lösung sollte nach Auffassung der Landesregierung angestrebt werden, wenn die vereinbarten Sanierungsschritte an der EU scheitern?
4. Wurde die Sanierung der Adam Opel AG mit den anderen EU-Staaten mit Opel-Standorten abgestimmt?

11. Abgeordnete**Margit Mohr,
Jens Guth,
Heiko Sippel,
David Langner
und Frank Puchtler (SPD)****Niedrigwasser und Binnenschifffahrt**

Viele Frachtschiffe auf dem Rhein können derzeit nur noch mit halber Ladung fahren, wie die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest in Mainz mitteilte. Auch in der Elbe behindert Niedrigwasser die Schifffahrt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen haben nach Ansicht der Landesregierung die derzeit niedrigen Pegelstände des Rheins auf die Schifffahrt an Rhein und Mosel?
2. Sind nach Einschätzung der Landesregierung hierdurch Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf den Transport von Frachtgütern zu befürchten?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle wirtschaftliche Situation der Binnenschifffahrt in Rheinland-Pfalz?

12. Abgeordneter
Dr. Axel Wilke (CDU)

Kinderhospiz Sterntaler in Dudenhofen

Seit März 2009 ist das erste Kinderhospiz in Rheinland-Pfalz in der Trägerschaft des Vereins Sterntaler e. V. bereit, seinen Betrieb aufzunehmen. Doch liegt bislang eine Betriebserlaubnis nicht vor, sodass bislang noch keine Patienten mit ihren Familien aufgenommen werden konnten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wird die Betriebserlaubnis erteilt und was waren die Gründe für die Verzögerung?
2. Wenn es zutrifft, dass die Landesregierung ursprünglich den Abschluss von Kooperations- bzw. Zielvereinbarungen mit ambulanten Kinderhospizdiensten zur Voraussetzung für die Erteilung der Betriebserlaubnis erklärt hat, hieran zwischenzeitlich aber nicht mehr festhält, was sind die Gründe für die Meinungsänderung?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die eigenen ambulanten Betreuungsmöglichkeiten des Trägervereins und den erfolgten Abschluss einer Kooperationsvereinbarung des Trägervereins mit dem ambulanten Hospizdienst für den südlichen Rhein-Pfalz-Kreis?
4. Mit welchen öffentlichen Mitteln gedenkt die Landesregierung das Kinderhospiz in Dudenhofen oder vergleichbare Einrichtungen zu fördern?

13. Abgeordnete
Monika Fink und
Thorsten Wehner (SPD)

Situation der Milchvieh haltenden Betriebe in Rheinland-Pfalz, Ergebnisse des Milchgipfels in Berlin und des EU-Milchkrisengipfels in Brüssel

Am 2. Oktober 2009 fand im Kanzleramt ein erneuter Milchgipfel statt, an dem neben Bundeskanzlerin Frau Merkel auch Bundeslandwirtschaftsministerin Frau Aigner teilgenommen hatte. Am 5. Oktober 2009 findet in Brüssel ein EU-Sondergipfel der Agrarminister statt, an dem ebenfalls die Bundeslandwirtschaftsministerin teilnehmen wird. Bundeskanzlerin Frau Merkel hatte zudem als Ergebnis des letzten Milchgipfels in Berlin angekündigt, sich beim Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, für eine Aussetzung der beschlossenen jährlichen Quotenerhöhung bis 2015 einzusetzen.

Nach Medienberichten haben die Discount-Marktführer derzeit mitgeteilt, die Preise für die billigste Butter im Warenangebot bei 250 Gramm um 20 Cent auf 85 Cent zu erhöhen. Von den Bauernverbänden werden weitere marktbegleitende Maßnahmen gefordert, um die wirtschaftliche Situation der Milchvieh haltenden Betriebe und der Betriebe in der Landwirtschaft deutlich zu verbessern, etwa Maßnahmen zur Verbesserung des Milchabsatzes oder eine EU-weite Harmonisierung bei der Agrardieselbelastung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung vor dem aktuellen wirtschaftlichen Hintergrund der Milchbauern im Land die von der EU-Kommission am 22. Juli 2009 vorgestellten Maßnahmen zur Unterstützung der Milchvieh haltenden Betriebe?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse des Milchgipfels im Berliner Kanzleramt am 2. Oktober 2009 hinsichtlich konkreter Schritte zugunsten der Milchvieh haltenden Betriebe?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse des EU-Agrarsondergipfels vom 5. Oktober 2009 hinsichtlich weiterer Verbesserungen für die Milchvieh haltenden Betriebe?

14. Abgeordnete
Monika Fink,
Dieter Burgard,
Astrid Schmitt und
Alfons Maximini (SPD)

Flugplatz Bitburg GmbH

Vor dem Hintergrund, dass die Kommunalaufsicht das Risiko für den Eifelkreis Bitburg-Prüm für zu hoch hält, weitere Anteile an der Flugplatz Bitburg-Prüm GmbH zu erwerben, fragen wir die Landesregierung:

1. Wie stellt sich die wirtschaftliche Situation des Flughafenprojekts dar?
2. Wie ist die jetzige Gesellschafterstruktur des Flugplatzes Bitburg?
3. Welches Risiko besteht für die Gesellschafter der Flugplatz Bitburg GmbH?
4. In welcher Höhe sind Landesmittel in das Flughafenprojekt Bitburg geflossen?

15. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Dr. Josef Rosenbauer
(CDU)

ADHS in Rheinland-Pfalz

Eine Erhebung, auf die sich der „Focus“ in seiner Ausgabe vom 5. Oktober 2009 beruft, hat ergeben, dass in Rheinland-Pfalz deutschlandweit die meisten Methylphenidat- oder Atomoxetin-Produkte an Kinder und Jugendliche verschrieben werden. Mit 5,4 % weist Rheinland-Pfalz beispielsweise einen doppelt so hohen Wert wie Hessen oder Bremen auf. Die Verantwortlichen verweisen darauf, dass diese Unterschiede nicht medizinisch zu erklären seien.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Zahl der Schülerinnen und Schüler ein, die von AD(H)S betroffen sind?
2. Wie hat sich die Verschreibung von Ritalin oder ähnlichen Medikamenten in Rheinland-Pfalz in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
3. Hat die Landesregierung angesichts der besonders hohen Zahl an Verschreibungen von Ritalin oder ähnlichen Medikamenten in Rheinland-Pfalz Kenntnisse über die Häufung von Nebenwirkungen, die hiermit in Verbindung stehen?
4. Welche konkreten Hilfen, beispielsweise zusätzliche Förderstunden oder auch Eingliederungshilfen nach § 35 a SGB VIII, wurden in den letzten fünf Jahren den rheinland-pfälzischen Schulen im Zusammenhang mit AD(H)S-Erkrankungen gewährt?

16. Abgeordneter
Bertrand Adams (CDU)

Zukunft des Polizeipräsidiums Trier

Ich frage die Landesregierung:

1. Hält die Landesregierung trotz der erheblichen baurechtlichen und denkmalpflegerischen Probleme an den Plänen für ein Polizeipräsidium am Standort „Postgelände“ fest?
2. Auf welche Weise will die Landesregierung diese Probleme ggf. beseitigen?
3. Ist die Landesregierung bereit, den bereits einmal für den Neubau des Polizeipräsidiums Trier ausgewählten Standort Petrisberg neuerlich ins Auge zu fassen?

17. Abgeordnete
Margit Mohr,
Frank Puchtler,
Heiko Sippel und
Jens Guth (SPD)

Maßnahmeprogramm zur schnellen Hilfe für Unternehmen und Beschäftigte in Rheinland-Pfalz

Die Landesregierung hat am 28. November 2008 ein Maßnahmeprogramm zur schnellen Hilfe für Unternehmen und Beschäftigte zur Bewältigung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise beschlossen und anschließend umgesetzt. Hierbei unterstützt das Land Unternehmen, die wegen der aktuellen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise unverschuldet in Liquiditätsprobleme geraten sind.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem Umfang werden die Hilfen der Landesregierung zur Bewältigung der aktuellen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von den Unternehmen in Rheinland-Pfalz derzeit genutzt?
2. Welche Finanzierungshilfen der Investitions- und Strukturbank ISB stehen den Unternehmen darüber hinaus zur Verfügung?
3. Haben sich die angebotenen Hilfen nach Einschätzung der Landesregierung bewährt?

18. Abgeordneter**Matthias Lammert (CDU)****Sicherheit im öffentlichen Raum**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie steht die Landesregierung vor dem Hintergrund des brutalen tödlichen Übergriffs auf einen Bürger in einer Münchner S-Bahnstation zu einer Ausweitung der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und Haltepunkten des öffentlichen Personennahverkehrs?
2. Wie steht die Landesregierung in diesem Kontext zu einer Verschärfung des Jugendstrafrechts?
3. Wie steht die Landesregierung in diesem Kontext zu einer restriktiveren Auslegung des geltenden Strafrechts?
4. Hält die Landesregierung in diesem Kontext und vor dem Hintergrund der personellen Probleme insbesondere im Wechselschichtdienst eine Aufstockung der Polizeikräfte in Rheinland-Pfalz für erforderlich?

19. Abgeordnete**Simone Huth-Haage und
Dr. Josef Rosenbauer
(CDU)****Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an rheinland-pfälzischen Hochschulen**

Das Statistische Landesamt veröffentlichte jüngst die Entwicklung des wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals in Rheinland-Pfalz seit dem Jahr 2000.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich in Rheinland-Pfalz das Verhältnis von Studierenden zu Vollzeitäquivalenten des wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals von 2000 bis 2008 entwickelt?
2. Wie hat sich die prozentuale Verteilung des wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals nach Personalgruppen von 2000 bis 2008 verändert?
3. Wie erklärt die Landesregierung, dass die Quote des Teilzeit beschäftigten Hochschulpersonals seit 2002 um 17,6 % zugenommen hat?
4. Inwiefern sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, die Betreuungsrelation durch die Umstellung auf die neue Studienstruktur Bachelor und Master deutlich zu verbessern?

20. Abgeordnete**Bettina Dickes und
Brigitte Hayn (CDU)****Neue Herausforderungen für rheinland-pfälzische Kindergärten durch den Rechtsanspruch auf Beitragsfreiheit für Zweijährige**

Ab kommendem Jahr wird der Kindergartenbesuch auch für zweijährige Kinder beitragsfrei sein. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach einem wachsenden Erzieherinnen- bzw. Raumbedarf. Allein die Stadt Mainz rechnet mit einem Mehrbedarf von 94,75 Stellen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch schätzt die Landesregierung ab kommendem Jahr die Beteiligung von zweijährigen Kindern am Kindergartenbesuch?
2. Mit welchem Mehrbedarf an Erzieherinnen rechnet die Landesregierung vor dem Hintergrund des beitragsfreien Kindergartenbesuchs für Zweijährige?
3. Inwiefern ergibt sich vor diesem Hintergrund ein wachsender Raumbedarf für die rheinland-pfälzischen Kindergärten?
4. Durch welche Instrumente will die Landesregierung die Qualität der rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten parallel zu deren quantitativem Ausbau dauerhaft gewährleisten?

**21. Abgeordneter
Alexander Licht (CDU)****Rückzug einer Frachtfluglinie vom Flughafen Hahn**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gründe sind nach Einschätzung der Landesregierung maßgeblich für den Rückzug der Fluggesellschaft Emirates mit Frachtflügen vom Flughafen Hahn?
2. Wie wirkt sich dieser Rückzug auf die Wirtschaftlichkeit des Flughafens aus?
3. Wie erklärt die Landesregierung den Widerspruch zwischen den Verlautbarungen des Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit seiner Reise nach Dubai, wonach die Fluggesellschaft ihr Engagement auf dem Flughafen Hahn ausweiten wolle, und der nun eingetretenen Entwicklung?
4. Welche konkreten Aussichten bestehen nach Kenntnis der Landesregierung, dass der Verlust der Emirates-Flüge durch andere Fluggesellschaften kompensiert wird?

**22. Abgeordnete
Hans-Josef Bracht und
Alexander Licht (CDU)****Baumängel auf dem Nürburgring**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche mit Bau und Ausstattung der neuen Anlagen im Rahmen des Projekts „Nürburgring 2009“ beauftragten Firmen haben wegen des erheblichen Zeitdrucks für die Fertigstellung der Anlagen damit gedroht oder erklärt, dass sie eine ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Aufträge nicht mehr garantieren können und deshalb keine Gewährleistungsansprüche anerkennen können?
2. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über Mängel bei der Bauausführung oder der Funktionstüchtigkeit des Bereichs Feuerschutz beim Lindner-Hotel am Nürburgring?
3. Welche der neuen Anlagen konnten im Rahmen des Projekts „Nürburgring 2009“ seit der Eröffnung im Juli 2009 zeitweise oder gar nicht oder nur eingeschränkt benutzt werden?
4. In welchen Fällen gibt es zwischen den Bauherren, den Pächtern und den Baufirmen bereits Rechtsstreitigkeiten über die oben angesprochenen Fragen?